

Sitzung des Basler Grossen Rates am 11. März 2015

1. Budgetpostulat Urs Müller-Walz betreffend WSU, Dienststelle 822 Sozialhilfe
2. Budgetpostulat Urs Müller-Walz betreffend WSU, Dienststelle 826 Abes
3. Budgetpostulat Urs Müller-Walz betreffend WSU, Dienststelle 825 Kesb

Mündliche Antwort des Regierungsrates Christoph Brutschin (SP), Vorsteher WSU

Frau Präsidentin, Frau Stadthalterin, sehr geehrte Damen und Herren,

ich nehme dieses Effizienzsteigerungsprogramm gerne auf und rede gleich zu allen drei Budgetpostulaten, die das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt betreffen, und ich bitte Sie – wie sie wissen - namens der Regierung diese drei Budgetpostulate abzulehnen. Ich erlaube mir trotzdem noch zwei, drei Erläuterungen:

Das Erste betrifft die Sozialhilfe – sie kennen das Programm, es wurde jetzt auch wieder geschildert, richtig geschildert – das wir initiiert haben mit dem Ziel, damit wir eben die Verweildauer, die durchschnittliche Verweildauer in der Sozialhilfe, senken können. Und wir hatten damals – das ist richtig – 15 Stellen beantragt. Ich hatte aber von allem Anfang an klar gesagt, dass wir gar, – kaum in der Lage sein werden, diese 15 Leute per sofort zu finden. Wir brauchen qualifizierte Sozialarbeitende beziehungsweise Sozialpädagoginnen und Pädagogen, und die gibt es nicht wie Sand am Meer. Es braucht ein ganz spezielles Profil, auch innerhalb dieser Gruppe. Und damit steht eigentlich dem nichts entgegen, dass wir mit 10 beginnen – schauen ob wir die dann überhaupt finden – , die ersten Ergebnisse auswerten; und sie können sicher sein – wenn sich das so bewährt, wie wir das erhoffen, wie die Fachleute in meinem Departement das erhoffen –, dass wir dann mit einem entsprechenden Antrag nocheinmal vor diesen Rat kommen werden.

Zum Budgetpostulat, das die ABES betrifft – also das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz; hier haben wir ganz klar eine nachgewiesene Zunahme von Fällen im Umfang von etwa zehn Prozent. Also wir haben dort zusätzliche Fälle zu bearbeiten und leider ist es überall da, wo sie direkt mit Menschen zu tun haben nicht ganz so einfach, Effizienzgewinne zu erzielen. Das ist ähnlich wie in der Schule, wenn man mehr Schülerinnen und Schüler hat ist es noch schwierig, oder, ab einem gewissen Punkt. Oder auch im Gesundheitswesen, wenn sie mehr Patienten haben, brauchen sie mehr Pflegepersonal. Und das ist hier ganz ähnlich.

Jetzt möchte ich aber ganz einfach noch betonen, wir haben ursprünglich sieben solcher Stellen beantragt – vier wurden uns zugestanden –, dafür nocheinmal besten Dank. Und wir versuchen's jetzt einfach mit diesen vier. Es ist aber klar, also wir haben ein spezielles Augenmerk vom Departement auf die ABES, weil da ist ja die Arbeitsbelastung hoch. Und des gibt einen nationalen Benchmark, der wurde auch erwähnt im Budgetpostulat, nur das untere Ende des Benchmarkes, man sagt so zwischen 90 und 110. Aber die Situation ist heute so, dass in der ABES man über dem oberen Bereich ist – nicht allzu viel, aber wir sind leicht darüber. Also das heisst, wir müssen das Auge darauf behalten. Und ich muss ihnen einfache eine Situation schildern; wir haben heute einzelne Fälle, da kommen Leute zu uns – so in meinem Alter – die haben Eltern, die hochbetagt sind, und da ging es jetzt darum, denen die Steuererklärung auszufüllen, die Zahlungsaufträge – all

die Dinge zu machen, zu den sie halt nicht mehr in der Lage sind. Und die kommen zu uns und sagen nein, das wollen wir nicht machen, wir wollen eine Beistandschaft. Also wir haben schon auch Entwicklungen, wo wir sagen müssen, also das was man irgendwie als Zusammenhalt in einer Gemeinschaft jetzt beim besten Willen als zumutbar betrachten können, darf heute nicht mehr vorausgesetzt werden. Und damit sind wir konfrontiert.

Wir versuchen unser Bestes in der ABES und ich kann ihnen versichern, wenn die Situation sich zuspitzen sollten, die Fallzunahme weiter in diesem Rahmen fortgeht, dann werde ich wieder kommen.

Dann schliesslich noch zur KESB. Aus dieses Budgetpostulat bitte ich sie abzulehnen. Ich bin diesem Rat nach wie vor sehr dankbar, dass im Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrechtes wir insgesamt 15 Stellen genehmigt bekamen. Nicht nur für die KESB, auch für die ABES – aber ein rechter Teil ging auch in die KESB. Ich denke, das war ein weiser Entscheid, wenn man die Problem sieht in anderen Kantonen, wo wirklich die Arbeitsbelastung zu Problemen dann in der Fallbearbeitung führt, die wir hier in diesem Ausmass nicht haben, war der Entscheid richtig. Aber es gibt im Moment keinen Bedarf, – keinen akuten Bedarf für zusätzliches Personal, sondern auch hier gilt; sollte sich das ändern werde ich mir erlauben, wieder entsprechend an sie zu gelangen. Vielen Dank.

Quelle: <http://protokolle.grosserrat-basel.ch/?sitzung=2015-03-11> – RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU), Audioprotokoll